



SITZUNGSVORLAGE

Thema:	K 7743 OU Kluffern - Sachstandsbericht und Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise
---------------	---

frühere Beratungen:	AUT Sitzung vom 21. Februar 2008
---------------------	----------------------------------

Anlagen:	Übersichtslageplan
----------	--------------------

Sachvortrag :	Herr Landrat Wölfle	Zeitdauer (ca.):	5 Min.
---------------	---------------------	------------------	--------

- | | |
|----------------------------|---|
| Beschlussvorschlag: | <ol style="list-style-type: none">1. Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfiehlt dem Kreistag, dem Beteiligungsprozess in Form eines Mediationsverfahrens für die Ortsumfahrung Kluffern grundsätzlich zuzustimmen, vorbehaltlich der Zusage der Förderung des Straßenbaus durch das Land Baden-Württemberg.2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Friedrichshafen gemeinsam einen unabhängigen Moderator vorzuschlagen, den Rahmen der Beteiligten festzulegen und den Verfahrensablauf aufzuzeigen.3. Wiedervorlage im Ausschuss beziehungsweise Kreistag nach Durchführung der Gespräche. |
|----------------------------|---|

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Umwelt und Technik	Vorberatung	25.10.2011	nicht öffentlich
Kreistag	Beschluss	16.11.2011	öffentlich

Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
Kosten:	<input checked="" type="checkbox"/> einmalige Kosten	Betrag:	150.000 Euro
	<input type="checkbox"/> jährliche Folgekosten	Betrag:	Euro
	<input type="checkbox"/>		
Einnahmen:	<input checked="" type="checkbox"/> einmalige Einnahme(n)	Betrag:	75.000 Euro
	<input type="checkbox"/> laufende (jährlich)	Betrag:	Euro
	<input type="checkbox"/>		
Mittelbereitstellung im Haushalt:	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	
		HHSt.:	
		Bez. HHSt.:	
Zur Verfügung stehende Mittel (Planansatz und Haushaltsausgabenrest lfd. Jahr):			Euro
ggf. noch bereit zu stellen:			Euro
Deckungsvorschlag:	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	
	<input type="checkbox"/>		
		HHSt.:	
		Bez. HHSt.:	

Medien:	<input type="checkbox"/> PowerPoint	<input type="checkbox"/> pdf-Datei	<input type="checkbox"/> CD/DVD	<input type="checkbox"/> Stick
Sofern Präsentationen erforderlich werden, teilen Sie dies der Geschäftsstelle Kreistag bitte spätestens einen Arbeitstag vor der jeweiligen Sitzung mit.				

Elektronisch mitgezeichnet von:		
<input checked="" type="checkbox"/> Landrat	<input type="checkbox"/> Dezernat 1	<input type="checkbox"/> Dezernat 2
<input checked="" type="checkbox"/> Dezernat 3	<input type="checkbox"/> Dezernat 4	<input checked="" type="checkbox"/> Straßenbauamt

1. Ausgangslage:

Am 19. Mai 2003 hat der Kreistag beschlossen, die K 7743 Ortsumfahrung Kluffern vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Mittel und unter Voraussetzung der GVFG-Förderung zu bauen. In seiner Sitzung am 15. März 2005 hat der Kreistag die Verwaltung beauftragt, die zeitgleiche Einleitung der Planfeststellungsverfahren für die Ortsumfahrung Kluffern und die Südumfahrung Markdorf vorzubereiten und zu beantragen. Die Ortsumfahrung Kluffern sollte unmittelbar nach Fertigstellung der Südumfahrung Markdorf realisiert werden.

Am 21. Februar 2008 wurde im Ausschuss für Umwelt und Technik berichtet, dass in Abstimmung mit der Stadt Friedrichshafen die Umfahrung Kluffern nicht weiter entwickelt werden könne. Grund war das damals laufende Planfeststellungsverfahren der B 31 (Ortsumfahrung Friedrichshafen-West) und des damals noch nicht endgültig geklärten Anschlusses der K 7743 an die B 31. Der Ausschuss hatte festgestellt, dass damit „eine zeitgleiche Einreichung der Planfeststellungsunterlagen gemeinsam mit der Maßnahme Ortsumfahrung Markdorf nicht mehr möglich“ ist.

Der Planfeststellungsbeschluss zur B 31 Ortsumfahrung Friedrichshafen-West ist seit dem 17. April 2010 rechtskräftig.

Der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen und der Kreistag des Bodenseekreises haben für die neue Trasse der K 7743 übereinstimmend eine Präferenz für die sogenannte „bahnparallele Trasse“ festgestellt. Daneben wurde von der Bürgerinitiative „Pro Kluffern“ ein Ausbau der sogenannten „Müllstraße“ (K 7742 von Unterraderach nach Markdorf) favorisiert. Landwirte haben darüber hinaus die sogenannte „Bauerntrasse“ ins Spiel gebracht. Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens zur B 31 Friedrichshafen-West hat das Regierungspräsidium schließlich noch eine östliche Umfahrung von Efrizweiler in die Trassendiskussion eingebracht.

Aufgrund Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz nach Vorgaben der EU sind die Planungsbehörden gehalten, bei noch nicht rechtskräftig planfestgestellten Vorhaben **sämtliche Planvarianten** bezüglich ihrer artenschutzrechtlichen Bedeutung **in gleicher Intensität** zu überprüfen. Dies bedeutet, dass zusätzlich zu den bereits zu Beginn des letzten Jahrzehnts vorgenommenen Trassenprüfungen noch einmal sämtliche in der Diskussion stehenden vier Varianten untersucht werden müssen.

2. Bürgerbeteiligungsverfahren

Die Erfahrung lehrt, dass Straßenbauvorhaben – nicht nur, aber insbesondere – im Bodenseekreis kaum ohne gerichtliche Auseinandersetzungen rechtskräftig planfestgestellt werden können. Eine Ausnahme bildete die Messezufahrt Nord, bei der Einigkeit mit den – allerdings verhältnismäßig wenigen – betroffenen Bürgerinnen und Bürger erzielt werden konnte.

Dies und die Tatsache, dass sämtliche Trassenvarianten noch einmal untersucht werden müssen, haben die Verwaltung zum Anlass genommen, darüber nachzudenken, ob und wie Betroffene noch stärker in das weitere Verfahren einbezogen werden können. In Gesprächen mit der Stadt Friedrichshafen wurde die Idee entwickelt, dem eigentlichen Planfeststellungsverfahren, das ohnehin erst nach der artenschutzrechtlichen Untersuchung durchgeführt werden kann, ein **Mediationsverfahren** voranzustellen. Zielsetzung soll es sein, über möglichst viele Einzelpunkte bereits vor dem förmlichen Verfahren Einigung zu erzielen, um so im Idealfall gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Die Firma Dialogik, gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH an der Universität Stuttgart hat derartige Verfahren bereits mehrfach begleitet. Mit der Firma Dialogik hat die Verwaltung daraufhin Gespräche geführt, um die Frage zu klären, wie ein solches Verfahren angegangen werden kann, wer zu beteiligen ist und wie es durchzuführen ist. Von dort wurde empfohlen, verschiedene Bürgerforen, Expertenworkshops und öffentliche Anhörungen durchzuführen. Die Kosten für ein solches Verfahren belaufen sich überschlägig auf ca. 150.000 Euro. Mit der Stadt Friedrichshafen ist vereinbart, dass entsprechend der bereits im Jahr 2003 vereinbarten Kostenteilung diese Kosten jeweils zur Hälfte von der Stadt und dem Landkreis getragen werden könnten.

Angesichts der derzeit auf ca. 20,36 Mio. Euro geschätzten Bausumme für die Ortsumfahrung Kluffern erscheint dies der Kreisverwaltung ein vertretbarer Aufwand, wenn die Chance besteht, dass damit gerichtliche Verfahren vermieden oder doch zumindest eingeschränkt werden könnten.

Allerdings macht dieses Verfahren nur dann Sinn, wenn sichergestellt ist, dass die Landesförderung für das Verfahren auch tatsächlich kommt.

3. Weitere Schritte:

Sofern der Ausschuss für Umwelt und Technik und der Kreistag des Bodenseekreises dem Verwaltungsvorschlag folgt, würde der Landkreis der Stadt Friedrichshafen und den verschiedenen Bürgergruppierungen („Pro Kluffern“ so wie Landwirten etc.) das Angebot der Mediation unterbreiten. Zunächst müsste Einigung über den Begleiter erzielt werden, so dann müsste die Frage geklärt werden, welche Verfahrensbeteiligten an dem Mediationsprozess teilnehmen. Aus Sicht der Kreisverwaltung wäre es dann unabdingbar, sich über Parameter zu einigen, die es im laufenden Verfahren zu untersuchen gilt. Dies könnten beispielsweise die Entlastungswirkung der neuen Straße, die Eingriffe in Landschaft und Umwelt, die Kosten etc. sein. Die Verfahrensbeteiligten müssten sich verpflichten, die Ergebnisse der Untersuchungen, die im Mediationsprozess durchgeführt werden, **verpflichtend anzuerkennen**. Es hat aus Sicht der Kreisverwaltung keinen Sinn, ein ähnliches Verfahren wie bei „Stuttgart 21“ durchzuführen, bei dem man sich an einen Tisch setzt und hinterher trotz erzielter Einigung weiterstreitet.

In einem ersten Gespräch mit dem Vorsitzenden von „Pro Kluffern“ hat sich gezeigt, dass die Bürgerinitiative möglicherweise mit dieser Festlegung Probleme hat. Andererseits macht das Verfahren nur dann Sinn, wenn alle Beteiligten bereit sind, die Ergebnisse für sich gelten zu lassen.

4. Vorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, der Stadt Friedrichshafen und den betroffenen Gruppierungen und Institutionen ein Mediationsverfahren für die Ortsumfahrung Kluffern anzubieten. Die Verwaltung soll beauftragt werden, die entsprechenden Gespräche zu führen und von den Ergebnissen zu berichten. Über die endgültige Durchführung des Mediationsverfahrens entscheiden dann Ausschuss und Kreistag.

5. Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfiehlt dem Kreistag, dem Beteiligungsprozess in Form eines Mediationsverfahrens für die Ortsumfahrung Kluftern grundsätzlich zuzustimmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Friedrichshafen gemeinsam einen unabhängigen Moderator vorzuschlagen, den Rahmen der Beteiligten festzulegen und den Verfahrensablauf aufzuzeigen.
3. Wiedervorlage im Ausschuss beziehungsweise Kreistag nach Durchführung der Gespräche